

PFEFFERBERG
KONZERTE • TANZ • THEATER • KINO • GALERI

Amtswechsel



Seite 2

Ein Euro

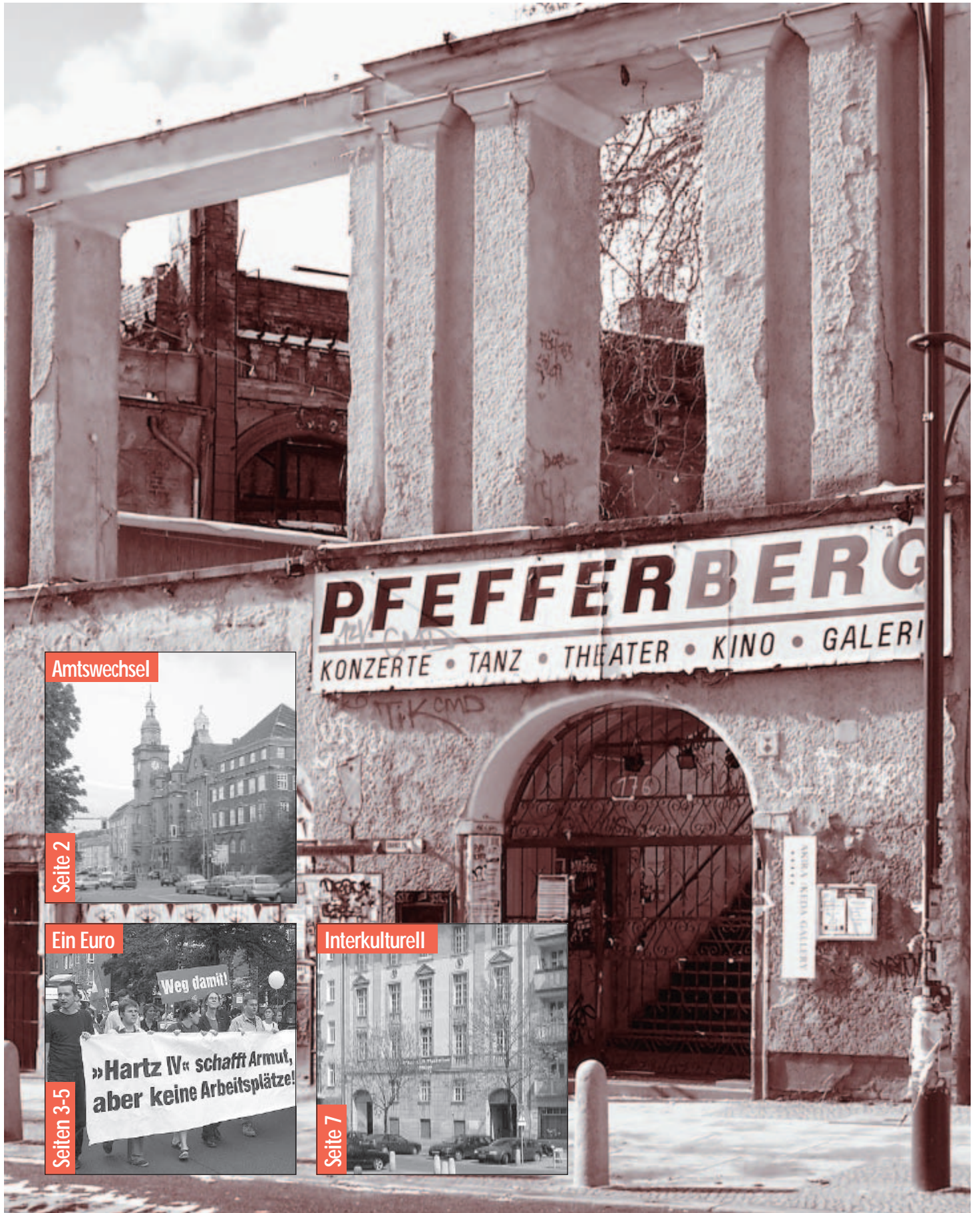


Seiten 3-5

Interkulturell



Seite 7



Aus BVV und Ausschüssen

Bruder Johannes im Ruhestand



Am 23. Februar endete die Amtszeit von Sozialstadtrat Johannes Lehmann (SPD). Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wählte ihn auf ihrer 30. Tagung ab. Sie zog damit den Schlußstrich unter die sich seit Monaten zuspitzenden Auseinandersetzungen – mit Stimmen aus allen Fraktionen, denn lediglich vier Bezirksverordnete votierten dagegen. Die SPD stemmte sich nicht länger gegen eine Abwahl.

Immer stärker war Stadtrat Lehmann in die Kritik geraten (extraDrei berichtete mehrfach). Schon seit langem forderte die BVV eine Umsetzung ihrer Beschlüsse, ohne sichtbares Ergebnis. Bis heute besteht keine Strukturplanung für soziale Angebote im Bezirk. Gegen die Haushaltsbeschlüsse der BVV wurden Senioreneinrichtungen abgewickelt und soziale Angebote freier Träger reduziert.

Wie die BVV heute weiß, wurden in großem Umfang grundlegende Verwaltungsvorschriften und Auf-

lagenbeschlüsse im Verantwortungsbereich des Sozialstadtrates schlicht ignoriert. Offenbar war „Bruder Johannes“, wie ihn ob seiner Unbedarftheit die Verordneten schon spöttelnd nannten, mit den Leitungsaufgaben eines Stadtrats deutlich überfordert. Inzwischen sind Fehlsteuerungen entstanden, die aus unterlassenem Verwaltungshandeln den Bezirksetat mit einem zusätzlichen Defizit von mehreren Millionen Euro belasten. Die elektronische Aktenführung, auf deren Grundlage dem Bezirk seine Sozialausgaben erstattet werden, unterblieb in einer Vielzahl von Fällen, teils sogar systematisch auf Weisung des Stadtrats.

Schwerer wiegt bald das derzeit in der Abteilung entstandene Flickwerk, nach dem – für den Stadtrat offensichtlich überraschend – ein Teil der Mitarbeiter in die ArGe (JobCenter) wechselte. Völlig ungeklärt scheinen die Zuständigkeiten; statt dessen gibt es eine vielgliedrige Leitungsstruktur.

Inzwischen tauchten an dreißigtausend „heimatlose“ Akten auf, die nach diversen Strukturveränderungen und dem Weggang von Mitarbeitern hinterlassen wurden. Es hat also nicht nur Unterlassungen in der elektronischen Bearbeitung von Sozialhilfeleistungen gegeben.

In Verantwortung des Bezirksbürgermeisters Burkhard Kleinert (PDS) hat nun eine gesonderte Arbeitsgruppe begonnen, die Aktenvorgänge zu ordnen und einer Bearbeitung zuzuführen, vermutet wird ein Zusammenhang von fünf- bis siebentausend Leistungsempfängern.

Voraussichtlich auf ihrer 31. Tagung am 23. März wird die BVV über einen neuen Personalvorschlag der SPD für das Stadtratsamt zu entscheiden haben. Fest steht schon jetzt: Bruder Johannes hat seiner inzwischen nominierten Nachfolgerin eine äußerst schwere Hypothek hinterlassen.

Michael van der Meer
PDS-Fraktionsvorsitzender

Schwierige Mission



Auch im Bezirksamt waren die Vorgänge im Sozialbereich seit langer Zeit ständig auf der Tagesordnung. Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) erinnert sich noch genau, dass bereits auf der ersten Klausurtagung des Bezirksamtes im Jahr 2002 eine bessere Steuerung und Transparenz der Ausgaben angemahnt wurde.

Auch Managementfehler blieben nicht verborgen. Aufgrund mehrerer Überlastungsanzei-

gen von Sozialamtsmitarbeitern wurde eine interne Studie erstellt, die gravierende Organisationsmängel im Zuständigkeitsbereich von Ex-Stadtrat Lehmann feststellte. Doch verschwand diese Studie in einer Schublade Lehmanns, wie auch dringende Ermahnungen des Landesrechnungshofes, der bereits 2003 gravierende Mängel in der Verwaltungsorganisation kritisierte.

Nach Auffassung des Bürgermeisters sind die Ursachen für die Überlastung nicht in der mangelnden Personalausstattung, sondern in einer unzureichenden Leitungstätigkeit zu suchen. So fanden beispielsweise in der Abteilung Soziales höchst selten und unregelmäßig Dienstberatungen statt. Eine zielführende Kommunikation zwischen Leitung und Mitarbeitern war so nicht gegeben. Notwendige Ent-

scheidungen wurden zu spät oder gar nicht getroffen, der Erfolg der Arbeit nicht ausreichend kontrolliert.

Bis zur Neubesetzung im Sozialbereich führt Burkhard Kleinert als Stellvertreter die Geschäfte. Neben den angehäuften finanziellen Verlusten steht für ihn auch der Abbau unerledigter Aktenberge im Vordergrund. Jeden Freitag lässt der Bürgermeister sich vom Sozialamtsleiter berichten, wie dieser Stauschrittweise aufgelöst wird. Sorgen macht ihm, dass viele engagierte Mitarbeiter des Sozialamtes durch die zurückliegenden Ereignisse demotiviert sind. Und so erwartet das neue Bezirksamtsmitglied eine schwere Mission, aber, so versichert Kleinert, auch die Unterstützung des gesamten Bezirksamtes.

Andreas Bossmann

Hartz VI und Ein-Euro-Jobs im Bezirk

JobCenter ohne Jobs

extraDrei sprach mit Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS).

Seit Beginn des Jahres sind die Hartz IV Gesetze in Kraft. Welche Neuerungen gab es für den Bezirk und wie ist Deine Meinung zu diesen Reformen?

Zunächst wird jetzt auch ein großer Teil der ehemaligen Sozialhilfeempfänger in der Arbeitslosenstatistik erfasst. Das hat in Pankow zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote geführt. Eine weitere Neuerung ist die Einrichtung des JobCenters, in dem die ALG-II-Empfänger gemeinsam von Mitarbeitern des Sozialamtes und der Agentur für Arbeit betreut und in freie Stellen auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden sollen. Eine quantitativ hohe Vermittlungsrate in den ersten Arbeitsmarkt wird es jedoch nicht geben können, da kaum freie Stellen angeboten werden. Aus meiner Sicht kann Hartz IV die Massenarbeitslosigkeit als Grundproblem der Gesellschaft nicht lösen. Außerdem halte ich einige Regelungen zur Höhe des Arbeitslosengeldes und die Anrechnung des Partnereinkommens für verfassungsrechtlich problematisch. Ein Gesetz, das zunehmenden Druck auf die Betroffenen ausübt und keine Perspektiven schafft, ist schlicht unsozial.

Wie hat sich das Bezirksamt auf die Einführung von Hartz IV konkret vorbereitet?

Das Bezirksamt ist mit drei Mitgliedern in der Trägerversammlung des JobCenters vertreten, deren Vorsitzender ich bin. Weiterhin gehören diesem Gremium drei leitende Mitarbeiter der Agentur für Arbeit an. Wir beschließen im Konsens alle wesentlichen Angelegenheiten, z.B. den Haushalt des JobCenters. Weiterhin wurden seit Jahresanfang mehr als einhundert Mitarbeiter des Sozialamtes in das JobCenter delegiert und etwa 27.000 Anträge auf ALG II bearbeitet.

Leider haben wir noch keine optimale räumliche Lösung für das JobCenter gefunden. Es ist noch an vier verschiedenen Stellen im Bezirk verteilt. Bis Mitte des Jahres werden wir jedoch das JobCenter in einem Bürogebäude in der Storkower Strasse konzentrieren.

Wie kann das JobCenter die Aufgabe einer Arbeitsplatzvermittlung überhaupt leisten?

Das ist die Kernfrage. Der Erfolg oder Misserfolg von Hartz IV wird an der Vermittlungsrate gemessen werden. Meine Erwartungen sind diesbezüglich äußerst gedämpft. Konkret für das Pankower JobCenter müssen wir erst einmal die personelle Sollstärke erreichen, ehe wir effektiv vermitteln können. Außerdem müssen eine Vielzahl von Mitarbeitern zu vermittelnden Fallmanagern qualifiziert werden. Auch deswegen sind die Vermittlungserfolge noch recht bescheiden. Aber das Hauptproblem sind natürlich die fehlenden Arbeitsplätze, auf die nachhaltig vermittelt werden kann.

Ein neues arbeitsmarktpolitisches Instrument sind die Stellen mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) oder auch Ein-Euro-Jobs genannt. In welchen Bereichen werden MAE angeboten?

Ich habe eine kritische Haltung zu den MAE, weil sich dadurch der Niedriglohnsektor ausweitet und Arbeitsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt bedroht sind. Offensichtlich hat jedoch das Bundesarbeitsministerium und die Agentur für Arbeit ein gesteigertes Interesse daran, möglichst viele Arbeitslose in MAE zu vermitteln, weil sie dann wenigstens zeitweise aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen. In unserer Trägerversammlung orientieren die Bezirksamtsvertreter darauf, eine möglichst hohe Summe für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bereitzustellen. Im Gegensatz dazu beobachte ich jedoch auch eine große Bereitschaft bei den Arbeitslosen,



sich in eine MAE vermitteln zu lassen, weil sich dadurch das Monatseinkommen steigern lässt. Das Bezirksamt hat beschlossen, nicht selbst als Träger von MAE-Maßnahmen aufzutreten, was nicht heißt, dass bestimmte Bezirksaufgaben wie beispielsweise die Grünflächenpflege durch Träger von MAE-Maßnahmen erledigt werden. Was wir auf jeden Fall verhindern wollen, ist, dass Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt vernichtet werden.

MAE – das klingt nach staatlich gefördertem Lohndumping?

Ist es auch. In Deutschland fehlen zur Zeit 7 Millionen Arbeitsplätze. Unter diesen Bedingungen werden Arbeitslose gezwungen, jeden Billigjob anzunehmen nach dem Motto: Besser irgendeine Beschäftigung als gar keine. Diese Philosophie steckt auch hinter den MAE-Stellen. Arbeitslose werden dadurch in ihren Rechten eingeschränkt und stigmatisiert. Von einem menschenwürdigen und sozialen Umgang mit den Betroffenen kann so keine Rede sein.

Interview: *Andreas Bossmann*

Ausschuss JobCenter

„Alltag“ mit Hartz IV



Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschloss im November 2004 zur Begleitung der Aktivitäten des JobCenters Pankow die Einrichtung eines temporären Ausschusses. Ziel ist es, das breite Themenspektrum rund um Hartz IV in einem Fachausschuss zu bündeln und die Umsetzung des Zweiten Sozialgesetzbuchs (SGB II) zu begleiten. Darüber hinaus wurde mit dem Ausschuss ein Gremium geschaffen, in dem die Geschäftsführung der ArGe/JobCenter regelmäßig Bericht über ihre Arbeit erstattet.

Seit seiner Konstituierung tagte der Ausschuss dreimal. Ein wichtiger Schwerpunkt zu Jahresbeginn

war der Bericht der ArGe zum Anlaufen von Hartz IV im Bezirk. Dazu gehörten Fragen wie: Wie viele Anträge waren bis Jahresende 2004 nicht beschieden, gab es Auszahlungsschwierigkeiten, wie viele Widersprüche sind zu bearbeiten? Falsche Aussagen zu diesen Fragen und eine verspätete und in ihrer Größe erhebliche Korrektur der Zahlen führten zu anfänglicher Verärgerung bei den Ausschussmitgliedern.

Mittlerweile kehrt etwas „Alltag“ in den Ausschuss ein. Die Inhalte der Ausschusssitzungen konzentrieren sich nunmehr auf Detailfragen in der Umsetzung des SGB II. Hierzu zählen zum Beispiel die

sogenannten Ein-Euro-Jobs sowie die Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche unter 25 Jahren. Darüber hinaus werden die von der BVV überwiesenen Drucksachen, die die Umsetzung von Hartz IV betreffen, beraten und Beschlussempfehlungen gefasst.

Das Bestehen des Ausschusses ist vorerst bis zum Ende der Wahlperiode beschlossen. Die nächsten Monate werden zeigen, wie sich die Umsetzung von Hartz IV „normalisiert“. Dann wird sich auch die Frage stellen, ob es weiterhin der Arbeit dieses Sonderausschusses bedarf.

Katja Schmitt
Bezirksverordnete

Hartz schlimmer als Coming-Out

Wäre es nicht so folgenreich für die Betroffenen – es könnte richtiggehend amüsant sein. Die Anrechnung des Partnereinkommens infolge der Hartz-Gesetze bringt offenbar Probleme mit sich: Heterosexuelle nichteheliche Lebensgemeinschaften fühlen sich gegenüber nicht-verpartnerten Homopaaren diskriminiert. Heteros, die lieber Homos wären, wo gibt's denn so was? Hartz machts möglich!



Für die Berechnung des Arbeitslosengelds II wird das Einkommen und Vermögen der/des PartnerIn herangezogen. Danach berechnet sich der eigene Anspruch. Verdient der/die PartnerIn einen entspre-

chenden Betrag, kann man/frau sogar ganz leer ausgehen. Soweit, so schlecht. Diese Methode gilt für Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften – nichteheliche Heteropaare, die zusammen wohnen, werden ebenso behandelt. Mitunter wird Mann und Frau in einer Wohnung die Existenz einer Lebensgemeinschaft unterstellt und die Betroffenen haben dann ihre Mühe, die Behörden z.B. von anderen Verwandtschaftsbeziehungen oder einer WG zu überzeugen – und damit ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld II zu sichern.

Nun also das Urteil des Düsseldorf Sozialgerichts: Homosexuelle sind nach Ansicht des Gerichts heute eine „sozial typische“ Lebensform. Als solche ist eine positive Diskriminierung gegenüber Heteros nicht gerechtfertigt. Und um die Verwirrung komplett zu machen: Nicht-verpartnerte Homopaare sollen ebenfalls in die Partnerberechnung nach Hartz einbezogen werden. Damit hat die Bundesagentur ein neues, gewaltiges Aufgabenfeld vor sich: Hat das Urteil Bestand, wird es künftig notwendig sein, alle Menschen in ge-

meinsamer Wohnung auf das Vorhandensein einer hetero- oder homosexuellen Lebenspartnerschaft zu kontrollieren. Peinliche Durchsuchungs- und Befragungsszenarien eingeschlossen.

Mal ganz abgesehen davon, dass die Anrechnung des Partnereinkommens Abhängigkeit schafft, die vor allem aus Frauenverbänden scharf kritisiert wird, und Homopaare gern in die Pflicht genommen, aber selten entlastet werden – die Situation ist so absurd, weil sie die Absurdität des Familienrechts ans Licht bringt.

Es ist höchste Eisenbahn, dass endlich erkannt wird, dass neben dauerhaften Zweierpärchen in dieser Gesellschaft eine viel größere Vielfalt vorhanden ist. Es gilt, die Vielfalt der menschlichen Natur anzuerkennen und für alle Beziehungsformen Sicherheit zu schaffen, statt ständig zu versuchen, Menschen in ein Raster zu pressen, das offensichtlich für viele nicht passt. Erst recht, wenn daran der Lebensunterhalt der Betroffenen hängt.

Monika von der Lippe
Bundesfrauenreferentin der PDS

Ein-Euro-Jobs

Job-Missbrauch

Die ersten Beschäftigungsmaßnahmen unter den Bedingungen von Hartz IV sind angelaufen – und damit hat auch die Diskussion über möglichen Missbrauch der Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung (MAE), kurz Ein-Euro-Jobs, begonnen.

Ein Fall in Neukölln erregte besonderes Aufsehen: Dort hatte das Bezirksamt 45 Zusatzjobber bei einem Behördenumzug eingesetzt. Die Spedition, die diese Arbeit bisher erledigt hatte, ging leer aus. Ein klarer Fall von Missbrauch, durch die Presse aufgedeckt. Unmittelbar nach bekannt werden dieses Vorgangs setzte sich meine Verwaltung mit der Regionaldirektion für Arbeit in Verbindung. Die wies

sofort an, dass die Zusatzjobber künftig so eingesetzt werden, dass sie niemandem die Arbeit wegnehmen.

In diesem Fall sorgte eine wache Öffentlichkeit für wirksame Kontrolle. Wir werden auch künftig allen Verdachtsfällen nachgehen. Als sehr hilfreich hat sich erwiesen, dass ich bereits Anfang Dezember eine gemeinsame Erklärung mit der Regionaldirektion für Arbeit, dem DGB, den Kammern und Wirtschaftsverbänden unterzeichnet habe, in der die Kriterien für Arbeitsgelegenheiten klar definiert werden.

Zusätzlich werde ich mich bei der Regionaldirektion dafür einsetzen, dass regelmäßig vor Einrichtung

einer Beschäftigungsmaßnahme eine Unbedenklichkeitserklärung bei IHK oder Handwerkskammer eingeholt wird. So soll von vornherein Missbrauch ausgeschlossen werden. Eine weitere Kontrollinstanz werden die Beiräte der Arbeitsgemeinschaften sein.

Bei MAE mit Qualifizierungsanteil, wo der Senat eine Kofinanzierung zu den Mitteln der Arbeitsgemeinschaften bereit stellt, kann direkter Einfluss genommen werden. Hier muss selbstverständlich ebenfalls das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt sein, damit Landeszuschüsse gezahlt werden.

Harald Wolf
Senator für Wirtschaft,
Arbeit und Frauen



Sternradio-Jobber

Jeder der Arbeitslosigkeit kennt, der Maßnahmen auf dem öffentlich geförderten Arbeitsmarkt erlebt hat, weiß um ein Leben zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Mit den Hartz IV-Gesetzen wachsen die existentiellen Ängste vieler Menschen. Zumal die Aussichten, eine Erwerbstätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, beträchtlich schwinden. Aus dieser Not und Sorge heraus ist es nur allzu verständlich, dass der Bedarf nach Ein-Euro-Jobs gegenwärtig das Angebot deutlich übersteigt.

In Weißensee hat die gemeinnützige Gesellschaft für berufliche Zukunft (GfbZ), Liebermannstraße 75 – eine gemeinnützige Tochter der Stern-Radio Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH – erste Erfahrungen zu den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE), den sogenannten Ein-Euro-Jobs, gesammelt. Im September 2004 begann eine Maßnahme „Jugendhilfe“ über einen Zeitraum von neun Monaten. 55 Arbeitslosenhilfeempfänger aus den Ortsteilen Weißensee, Pankow, Prenzlauer Berg im Alter von zwanzig bis über sechzig Jahren üben

zusätzlich helfende und gemeinnützige Tätigkeiten in verschiedenen Einrichtungen oder bei gemeinnützigen Trägern im Bezirk aus. Für diese Arbeitsgelegenheiten hatten sich mehr als 100 Interessenten beworben. Die Arbeitsgelegenheiten umfassen Hilfe und Unterstützung in der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche, vor allem in Kindertagesstätten, Horten und Schulen, in Schüler- und Jugendclubs, Sporthallen, Sportanlagen, Schulbibliotheken und Schulzoos sowie Hilfe und Betreuung bei sozial bedürftigen Menschen. Alle Teilnehmer nehmen an Qualifizierungsveranstaltungen teil, die ihrer Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt dienen sollen. Der Bedarf und die Bereitstellung der Arbeitsgelegenheiten erfolgt in konstruktiver Zusammenarbeit zwischen dem Träger, dem JobCenter und dem Bezirksamt Pankow. Für den März 2005 ist eine MAE „Multimedia“ geplant.

Die GfbZ als engagierter und erfolgreicher Träger, der in diesem Jahr sein vierzehnjähriges Bestehen



begeht, registriert ein positives Interesse und allgemeine Zustimmung bei Teilnehmern und Einrichtungen zu diesen Arbeitsgelegenheiten.

Renate Tepper

PDS-Fraktion besucht Buch

An neuen Ufern



Buch als ehemals größte und modernste Krankenhausstadt Europas weist nicht erst seit der Wende strukturelle Defizite auf. Zwei Bereiche, Arbeiten und Wohnen, sind traditionell überdimensioniert. An Kultur, Gastronomie und Dienstleistungsangeboten insbesondere im Ortszentrum mangelt es hingegen. Grund genug für die PDS-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung, sich am 29. Januar vor Ort über die Stärken und Schwächen des Ortsteils zu informieren und das

Projekt Life Science Center (LSC) mit den Bucher Initiatoren zu diskutieren.

Zu den Stärken Buchs zählt zweifellos der Campus Berlin Buch. Bis 2001 sind dort 550 neue Arbeitsplätze in der medizinisch orientierten Biotechnologie entstanden. 15 Jahre nach der Wende erhält jetzt auch der Krankenhausstandort durch die Ansiedlung des Helios-Konzerns eine neue Perspektive.

Medizinisch-wissenschaftliche Standorte derartiger Größe befinden sich jedoch in einem harten überregionalen Wettbewerb. In Deutschland konkurriert Buch mit Martinsried bei München, Greifswald oder Jena; international mit Standorten in Dänemark, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten. Insofern geht es bei der städtebaulichen Entwicklung Buchs nicht um gute Noten im Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Dörfer“, sondern um die Stärkung Buchs in diesem internationalen Standortwettbewerb durch die Entwicklung sogenannter weicher Standortfaktoren. Dies läßt sich nur durch den Einsatz öffentlicher Mittel erreichen, denn Kapital ist nicht altruistisch. Solange abends um acht in Buch die Bürgersteige hochgeklappt werden, wird sich an seiner strukturellen Schwäche wenig ändern. Was auf den ersten Blick in Buch fehlt sind Gaststätten, ein Kino, ein ordentliches Hotel. Durch fromme Wün-

sche entstehen sie nicht. Es müssen Nachfrageimpulse gesetzt werden.

Ein solcher Impuls kann ein Life Science Center, so wie es die Akteure in Buch zur Propagierung des aktuellen Wissensstandes im Bereich der „Lebenswissenschaften“ vorschlagen, sein. Kann. Nicht im Sinne eines Solitärs, der alle Bucher Probleme löst, sondern in der Tat nur als weiteres Initial neben dem Campus. In der PDS-Fraktion hält sich die Abwägung der Chancen für Buch und der Risiken für einen wirtschaftlichen Betrieb eines LSC die Waage. Um jedoch aus einer Diskussion, die sich bisher in der Möglichkeitsform abspielte, herauszukommen, hat die Fraktion alle ihre bisherigen, von Skepsis geprägten Beschlüsse aufgehoben. Damit wurde der Weg frei für eine unvoreingenommene Prüfung aller Pläne und Vorstellungen durch das Bezirksamt, an deren Ende eine realistische Aussage stehen soll, wie, zu welchen Bedingungen und mit welchem Risiko für den Bezirk ein LSC errichtet werden kann. Für diese Prüfung ist maximal ein Jahr veranschlagt.

Jedoch selbst mit einem LSC in Buch wird die Kommunalpolitik mit der weiteren Entwicklung des Ortsteils noch über lange Jahre alle Hände voll zu tun haben. Aber irgendwo muß man anfangen.

Wolfram Kempe

Wirtschaftspolitischer Sprecher



Schulen sparen Energie

Pankow beteiligt sich als einziger Bezirk am Europäischen Energiesparprojekt für Schulen. Das Vorhaben wird von der Europäischen Union mit 38.000 Euro gefördert.

Auf einer Pressekonferenz Anfang Februar berichteten Bezirksstadträtin Christine Keil (PDS) und der Leiter der Energieberatung Prenzlauer Berg Heiner Matthies über den Start des Projektes an fünf Pankower Schulen. Ziel ist es, durch nutz-

erbedingtes Verhalten von Schülern und Lehrern den Energieverbrauch zu senken. So werden bspw. mit Schülergruppen Temperaturmessungen und Energie-Rundgänge durch die Gebäude durchgeführt und die Hausmeister in ihren Bemühungen um Betriebskostensenkungen unterstützt.

Die Energieberatung Prenzlauer Berg übernimmt die fachliche Begleitung.

Gegen alltäglichen Rassismus

Für Integration

extraDrei sprach mit Karin Wüsten, MigrantInnenbeauftragte des Bezirks Pankow:

Wie viele Ausländer gibt es eigentlich im Bezirk Pankow?

Pankow hat sechs Prozent Ausländer, das sind rund 20.000 Bürger. Die größten Gruppen sind dabei mit etwa 1.100 Bürgern Polen, Italiener und Franzosen, gefolgt von MigrantInnen aus den USA, Vietnam, Russland, der Türkei und aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Welche Erfahrungen haben Sie inzwischen gesammelt?

Es ist zweifellos ein recht umfangreiches Aufgabengebiet: Zum einen der Bereich Migration mit der Tätigkeit im Rathaus als Anlaufstelle für Bürger mit Migrationshintergrund, die Kooperation mit den Pankower MigrantInnenprojekten, mit der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeauftragten und natürlich auch mit dem Berliner Integrationsbeauftragten Günter Piening. Die Geschäftsstelle des Rates der MigrantInnen Pankow liegt ebenfalls in meinen Händen.

Sie haben noch eine zweite Geschäftsstelle, nämlich die des „Lo-

kalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“.

Das ist der zweite Bereich meiner Tätigkeit. Hier geht es um die Realisierung konkreter Vorhaben mit unseren Partnern vom Pfefferwerk, der Mobilen Beratung gegen Rechts, der Polizeidirektion I sowie Ämtern des Bezirksamtes. Die Verknüpfung beider Bereiche ist für mich folgerichtig: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus richten sich sehr oft gegen Bürger mit Migrationshintergrund. Hier sind wir als Bezirk gefordert, da verstehe ich meine Tätigkeit durchaus als Schnittstelle.

Wo liegen die Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Wichtig ist der Erhalt der wenigen Pankower MigrantInnenprojekte. Angesichts knapper werdender Mittel wird das zunehmend schwieriger. Die Projekte und Vereine leisten gerade jetzt unter den Bedingungen des neuen Zuwanderungsgesetzes eine ganz wichtige Arbeit, gleich ob Beratungen, Sprach- und Integrationskurse. Dazu gehören auch



die Spätaussiedler, die oft nicht weniger Hilfs- und Beratungsbedarf haben, vor allem in Karow und Französisch-Buchholz. Vordringlich ist in diesem Jahr der Erhalt der Pankower MigrantInnenvereine. Das betrifft ebenso das InterKulturelle Haus in der Schönfließer Straße als deren Existenzgrundlage. Auch der Pankower MigrantInnenrat hat hier seinen Sitz.

Interview: Tina Pfaff

Vor Ort in Karow und Buch:

Karin Wüsten bietet jeden Dienstag in der Zeit von 15 bis 17 Uhr in der 9. Grundschule Karow, Achillesstraße 31, eine Beratung für Spätaussiedler an.

Alltag

Umweltpreis ausgelobt

Den Pankower Umweltpreis haben Bezirksverordnetenversammlung und Bezirksamt Pankow zum dritten Mal ausgelobt. Alle Bürger, Firmen, Kinder und Jugendliche sind aufgerufen, ihre Ideen zur gesunden Ernährung einzubringen. Bewerbungen sind bis zum 30. April an die BVV einzureichen. Der Umweltpreis ist erstmalig mit einer Gesamtsumme von 3.000 Euro dotiert.

Schönhausen mit Zukunft

Das Bezirksamt Pankow begrüßt den Entschluss des Stiftungsrates der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, nach der das Schloss Schönhausen in die Schlösserstif-

tung aufgenommen werden soll. Es soll nunmehr bis zum Jahr 2009 bei laufendem Betrieb saniert werden.

Brauerei-Geschichte

Die Ausstellung „Hopfen und Malz. Geschichte und Perspektiven der Brauereistandorte im Berliner Nordosten“ ist noch bis 18. Oktober in der Prenzlauer Allee 227/228 zu sehen. Zu den historischen Besonderheiten des heutigen Bezirks Pankow gehört die für Berlin stärkste Konzentration von Brauereien im ehemaligen Prenzlauer Berg.

Knobloch-Grünfläche

Pankow ehrte den großen Schriftsteller und Feuilletonisten Heinz Knobloch. Über 45 Jahre lebte



Heinz Knobloch in der Masurenstrasse. Die meisten seiner Bücher und Feuilletons für die Zeitschrift „Wochenpost“ entstanden hier. Entspannung während der Arbeitspausen fand Heinz Knobloch auf dem vor seinem Arbeitszimmer liegenden Platz zwischen Masuren- und Samländischer Straße, der nun seinen Namen erhielt.

Bilanz & Perspektive

Rot-Rote Kultur

Am 17. Februar diskutierten Wissenschafts- und Kultursenator Dr. Thomas Flierl und Kulturstadträtin Almuth Nehring-Venus über die Bilanz und die Perspektiven der Kulturpolitik von Rot-Rot.

Zuerst schien es, als trafen zwei sehr fremde Welten aufeinander: Hier der Senator, der eine Lösung für den Erhalt der drei hauptstädti-

schen Opern vorgelegt hat und mit dem Bund über die Übernahme von Kulturaufgaben verhandelt. Dort die Stadträtin für Kultur und Wirtschaft im Bezirk Pankow, die in einer finanziell bedrohlichen Situation „wie eine Löwin“ um das Überleben der Bezirkskultur kämpft. Aber nicht nur Kathrin Gerlof, Moderatorin des Podiums-

gesprächs, suchte nach Übereinstimmungen und Berührungspunkten.

Beide PDS-Politiker bekannten sich zu dem Prinzip, Kultur nicht nur als Ausgabenfaktor zu betrachten. Beide betonten, dass den Bezirken die Freiheit erhalten bleiben muss, selbst über die Gestaltung ihrer Kulturpolitik zu entscheiden.

Doch hier offenbart sich das strukturelle Dilemma der Budget-Zumessung: Kommunale Kulturangebote, die sich naturgemäß wirtschaftlich nicht „rechnen“, werden nach den Vorgaben der Kosten-Leistungs-Rechnung kaputtgespart. Die alltägliche Arbeit führt der Kulturstadträtin vor Augen, dass der Zwang zum Ausgleich der Mittel für die Berliner Bezirke – egal wie viel Kultur angeboten wird – eine ständige Absenkung der Angebote verursacht. Thomas Flierl verpflichtet Almuth Nehring-Venus bei: Darüber muss zwischen Bezirken und Land unbedingt geredet werden.

Matthias Zarbock



WANNWOWASWANNWOWASWANN

21. März

18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Bezirksamt Fröbelstraße 17

23. März

17.30 Uhr 31. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), im Tagungssaal (Haus 7), Bezirksamt Fröbelstraße 17

4. April

18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), im Bezirksamt Fröbelstraße 17

7. April

18 Uhr Basistag PDS Drei mit Klaus Lederer zur Einführung von bezirklichen Bürgerentscheiden, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

11 April

19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

13. April

15.00 Uhr Senioren-BVV, im Tagungssaal der BVV (Haus 7), Bezirksamt Fröbelstraße 17

18. April

18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), Bezirksamt Fröbelstraße 17

20. April

19 Uhr Rot-Rot. Bilanz & Perspektive. Wie sozial bleibt Berlin? Forum mit Heidi Knake-Werner (Senatorin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz), im Pfefferberg

21. April

19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

25. April

18 Uhr Fraktionssitzung (BVV), Bezirksamt Fröbelstraße 17

27. April

17.30 Uhr 32. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), im Tagungssaal der BVV (Haus 7), Bezirksamt Fröbelstraße 17

30. April

10 Uhr Landesparteitag der PDS „Berlin – Soziale Stadt“, im Energieforum am Ostbahnhof

1. Mai

Maifest an der Bötzoweiche

2. Mai

19.30 Uhr Bezirksvorstand, im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76

8. Mai

Kranzniederlegungen zum 60. Jahrestag der Befreiung an den Gedenkstätten der Roten Armee, Ehrenmal Schönholz, Ostseeplatz, Küstriner Straße

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 7. März 2005
Druck: double express Auflage: 8.500

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.